



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Ausschusses für Kultur,
Soziales und Integration der Stadt Eberswalde
am 19.02.2013, 18:15 Uhr,
im Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum, 3. Etage, Breite Straße 39,
16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 38. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 04.12.2012
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen der Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung
10. Präsentation zu den Landesmusikschultagen 2013 in Eberswalde, Referent: Herr Thomas Falk, Geschäftsführer des Landesverbandes der Musikschulen Brandenburg e. V.
11. Jahresbericht Bibliothek
12. Übernahme der Aufgaben des Landesamtes für Soziales und Versorgung

13. Vorstellung und Diskussion zum Entwurf Jahresplan 2013
14. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 14.1. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Eberswalde und der Stadt Cottbus über den Betrieb eines elektronischen Personenstandsregisterverfahrens und den Betrieb des IT-Fachverfahrens AutiSta

Vorlage: BV/915/2013

Einreicher/zuständige Dienststelle:
02.2 - Dezernat II

- 14.2. Eintrittsgelderhebung Familiengarten

Vorlage: BV/918/2013

Einreicher/zuständige Dienststelle:
02.2 - Dezernat II

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration, Frau Röder, eröffnet die 38. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration um 18:17 Uhr und heißt Frau Stieler-Hinz als neue Dezernentin herzlich willkommen.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Röder stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Zu Beginn der Sitzung sind 9 Stadtverordnete anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 38. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 04.12.2012

Frau Röder teilt mit, dass die Niederschrift der 37. Ausschusssitzung auf Grund der Erkrankung der Schriftführerin nicht fristgemäß fertig gestellt werden konnte und demnach zu einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration nachgereicht und abgestimmt werden muss.

Der sachkundige Einwohner, Herr Weingardt, nimmt an der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration um 18:19 Uhr teil.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Zinn schlägt vor, die in der Tagesordnung unter dem TOP 10 (Präsentation zu den Landesmusikschultagen 2013 in Eberswalde, Referent: Herr Thomas Falk, Geschäftsführer des Landesverbandes der Musikschulen Brandenburg e. V.), TOP 11 (Jahresbericht Bibliothek) und TOP 12 (Übernahme der Aufgaben des Landesamtes für Soziales und Versorgung) in den TOP 7 (Informationen aus der Stadtverwaltung) einzuordnen.

Ebenso beantragt Herr Zinn, den vorliegenden und vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilten Änderungsantrag seiner Fraktion zu der Beschlussvorlage „Eintrittsgelderhebung Familiengarten“ (BV/918/2013) in den TOP 14.2 einzuordnen.

Frau Oehler weist darauf hin, dass der Änderungsantrag zur Beschlussvorlage BV/918/2013 ohnehin mit der eigentlichen Beschlussvorlage zu behandeln wäre.

Frau Röder stellt den Antrag von Herrn Zinn auf Übernahme der TOP 10, 11 und 12 in den TOP 7 zur Abstimmung.

Die Änderung der Tagesordnung mit der Aufnahme der TOP 10, 11 und 12 in den TOP 7 wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

TOP 5

Informationen der Vorsitzenden

Frau Röder weist darauf hin, dass die Verwaltung den Vorschlag unterbreitet hat, die kommende März-Ausschusssitzung in den Rofin-Park als Veranstaltungsort zu verlegen.

Frau Stieler-Hinz möchte die Tradition der Themenanbindung an die damit in Zusammenhang stehenden Veranstaltungsorte in Eberswalde weiterführen. Da es in der kommenden Sitzung eine Präsentation der Potentialanalyse zur Kreativwirtschaft geben wird, eignet sich der Rofin-Park als Tagungsort. Mit dem Atelier der Künstlerin „Antoinette“ ist sogleich ein Einblick in kreative Tätigkeit möglich und auch der Veranstaltungsraum ist barrierefrei.

Frau Stieler-Hinz bittet insoweit die Ausschussmitglieder um ihre Zustimmung, die kommende Sitzung in den Rofin-Park zu verlegen.

Herr Zinn zweifelt an der Barrierefreiheit des Rofin-Geländes.

Frau Bunge räumt ein, dass das im Rofin-Park vorhandene Pflaster etwas holprig ist, die Räumlichkeiten jedoch barrierefrei zugänglich sind.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Wechsel des Veranstaltungsortes für die kommende Ausschusssitzung mehrheitlich zu.

Frau Röder informiert, dass am 16.03.2013 in der Kinderuni in Eberswalde ein Familientag stattfindet.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Frau Stieler-Hinz informiert über die kürzlich im Amtsblatt der Stadt Eberswalde erschienene Ausschreibung zum „Kulturbahnhof“. Die Verwaltung hat sich dazu entschieden, eine öffentliche Ausschreibung zu tätigen, in der allen Interessenten die Gelegenheit gegeben wird, sich an der Ausschreibung beteiligen zu können. Die Verwaltung möchte den „Kulturbahnhof“ gerade auch für die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteiles Finow aufrecht erhalten und strebt demnach an, einen Nachfolger für die Betreibung zu finden.

Herr Ansorg möchte wissen, ob das Gesamtobjekt auch zum Verkauf steht, da ihm dazu bekannt ist, dass ein Kaufinteressent existiert.

Frau Stieler-Hinz weist darauf hin, dass die Verwaltung eine kurzfristige Vermietung anstrebt. Ein Kaufinteresse ist der Verwaltung derzeit nicht bekannt.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

Herr Rödel vom Seniorenbeirat bezieht seine Frage auf den im Amtsblatt der Stadt inliegen-

den „Kulturkalender“, ob dieser Kulturkalender bspw. dem mittwochs erscheinenden „Märkischen Mark“ oder der „Sonntagszeitung“ beigefügt werden könnte, da nicht alle Seniorinnen und Senioren das Eberswalder Amtsblatt erhalten und sich dennoch sehr für die Veranstaltungen in Eberswalde interessieren.

Frau Röder regt an, diesen Hinweis aufzunehmen und weist gleichzeitig darauf hin, dass der Kulturkalender in vielen öffentlichen Gebäuden und Unternehmen zur Mitnahme ausliegt.

Herr Banaskiewicz regt im Namen seiner Fraktion an, eine Übersicht über die Kulturstätten und –objekte der Stadt mit den dazugehörigen Kosten und Erträgen und somit einen Sachstand zu erhalten und um abgleichen zu können, ob sich die Betreuung in eigener städtischer Regie günstiger auswirken würde.

Frau Röder stimmt dem zu und fordert die Verwaltung auf, in einer der kommenden AKSI-Sitzungen diese Sachstandsübersicht an die Ausschussmitglieder zu übergeben.

Herr Zinn bemängelt, dass bis zur heutigen Sitzung die Niederschrift der Dezember-Sitzung des AKSI nicht vorgelegt werden konnte.

Frau Röder weist darauf hin, dass es der Schriftführerin auf Grund ihrer Erkrankung nicht möglich ist, die Niederschrift zu fertigen und bis zu ihrer Genesung Geduld aufgebracht werden sollte.

TOP 10

Präsentation zu den Landesmusikschultagen 2013 in Eberswalde, Referent: Herr Thomas Falk, Geschäftsführer des Landesverbandes der Musikschulen Brandenburg e. V.

Frau Röder beantragt, das Rederecht für Herrn Falk, Geschäftsführer des Landesverbandes der Musikschulen Brandenburg e. V., zu erteilen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Erteilung des Rederechtes für Herrn Falk einstimmig zu.

Herr Falk erläutert sodann seine Präsentation „SOUND CITY 2013“. Diese Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung in Papierform ausgehändigt.

Herr Zinn verweist auf die kürzlich bekannt gewordenen Gerüchte um die rechtsradikalen Hintergründe von Security-Firmen in Brandenburg und möchte wissen, ob dies bei der Auswahl von Sicherheitsfirmen bei den Landesmusikschultagen 2013 in Eberswalde Berücksichtigung finden wird.

Herr Falk hofft hierbei auf die Unterstützung durch die Stadt, da in diesem Zusammenhang

dem Landesverband der Musikschulen der Überblick fehlt.

Frau Stieler-Hinz freut sich auf das Großereignis, das die Stadt Eberswalde bereichern wird. Sie stellt alsdann Frau Edelhoff vor, die seit dem 15.01.2013 für die Stadt Eberswalde an diesem Projekt arbeitet und für die Organisation und Durchführung der Landesmusikschultage 2013 in Eberswalde verantwortlich ist.

Herr Muszynski möchte wissen, ob der Landesverband bisher schon Probleme bei der Organisation sieht bzw. ob gesagt werden kann, wo die „Baustellen“ sind.

Herr Falk verweist darauf, dass sich die Teilnehmer noch bis Anfang April 2013 anmelden können. Erst wenn das komplette Programm steht, wird die Offensive zur Bewerbung der Landesmusikschultage 2013 gestartet.

Herr Muszynski möchte wissen, ob es schon einen Caterer für die Veranstaltung gibt bzw. die Gastronomie abgesichert ist.

Herr Dr. Neubacher kann dazu mitteilen, dass es seit der letzten Woche einen Cateringvertrag mit Partnern aus der Region – analog wie beim „FinE“ - gibt.

Herr Falk weist zudem noch darauf hin, dass es keine Händler und Schausteller zum Event geben wird.

Frau Röder verweist auf den bereits in einer der vorherigen Sitzungen beschlossenen Haushalt der Stadt, in dem hier und dort eine Position „Landesmusikschultage“ auftaucht und möchte wissen, wie sich die Finanzierung gestaltet und wie hoch das Budget für die Landesmusikschultage sein wird.

Herr Falk verweist darauf, dass es für die Stadt eine Ausschreibung gibt, worauf sich die Teilnehmer bewerben können. Der Landesverband der Musikschulen Brandenburg e. V. stellt bspw. die Bühnenaufbauten, die dazugehörige Technik, Helfer und die benötigten Duschcontainer. Die Müllabfuhr, Wasser, Abwasser und Strom werden von der Stadt Eberswalde gestellt. Mit der Stadt Eberswalde und dem Landkreis Barnim wurde vereinbart, dass die Schulen, die als Unterkünfte dienen, einen Einlassdienst erhalten, der dort die Kontrollen durchführt (Sicherstellung, dass keine „Fremden“ unberechtigten Zutritt erhalten). Der Landesverband der Musikschulen Brandenburg e. V. bringt für das Großevent 200.000 Euro auf, wobei 70.000 Euro für die Technik und ca. 35.000 € - 40.000 € in die Versorgung/Verpflegung fließen. Es könnte noch vorkommen, dass auf Grund der Vielzahl von Anmeldungen eine zusätzliche Bühne aufgestellt werden müsste, dies ist dann aber Sache des Landesverbandes der Musikschulen Brandenburg e. V.

Frau Stieler-Hinz erläutert, dass es sich bei dem Projekt um eine gesamtstädtische Aufgabe handelt, da die Stadt Eberswalde als bestmöglicher Gastgeber gesehen werden möchte. Dahingehend wurde mit allen beteiligten Ämtern der Schulterchluss gefunden, um solch ein Großprojekt in der Stadt Eberswalde abhalten zu können. Das Limit für die eingeplanten haushalterischen Mittel wird nicht ausgeschöpft werden müssen.

Herr Banaskiewicz fragt, wie es sich mit der Unterstützung zur Reinigung des Festareals verhält.

Frau Stieler-Hinz erklärt, dass sich der Bauhof der Stadt Eberswalde wesentlich bei der Reinigung einbringen wird.

TOP 11

Jahresbericht Bibliothek

Die Leiterin der Stadtbibliothek, Frau Bolte, nimmt die Präsentation des Jahresberichtes der Bibliothek vor. Die Präsentation zur Bibliothek befindet sich als **Anlage 2** an der Niederschrift.

Frau Debernitz verlässt die Sitzung um 19:13 Uhr und kehrt um 19:25 Uhr wieder zurück.

Herr Zinn fragt, ob man die Ausleihgewohnheiten bzw. die Anzahl der Ausleihen auch nach Stadtteilen eingegrenzt erfahren kann, speziell für das Brandenburgische Viertel.

Frau Bolte kann für den Bereich der Postleitzahl 16227 die Ausleihen mit 95 beziffern.

Herr Zinn wirft ein, dass diese Postleitzahl ebenso den Stadtteil Finow beinhaltet.

Herr Dr. Neubacher weist darauf hin, dass sich die Vielzahl der Ausleihen aus der Bibliothek auf die Stadtmitte von Eberswalde beschränken lässt.

Frau Oehler bezieht sich auf die Folie der Neuerungen (bspw. Großdruckbücher) in der Stadtbibliothek und möchte wissen, ob diese Neuerungen auch gut vom Leser aufgenommen worden bzw. eine höhere Ausleihe gegenüber den alten Medien zu verzeichnen ist.

Frau Bolte kann derzeit bei den Großdruckbüchern noch keine Aussage treffen, da es sich hierbei um eine erst kürzlich eingeführte Position handelt. Auffällig war jedoch nach dem im November stattgefundenen Spielenachmittag, dass es einen rapiden Anstieg der Ausleihen von Brettspielen zu verzeichnen gab. Ebenso sind die „Spiegel-Bestseller“ der Renner, die in kürzester Zeit vollständig verliehen sind.

TOP 12

Übernahme der Aufgaben des Landesamtes für Soziales und Versorgung

Frau Bunge erläutert die Hintergründe einer Anfrage des Städte- und Gemeindebundes für die Übernahme der Aufgaben des Landesamtes für Soziales und Versorgung. Es geht in erster Linie um die Beantragung eines Schwerbehindertenausweises. Derzeit steht Frau Bunge den Bürgerinnen und Bürgern als Beratungsperson zur Seite und gibt entsprechende Hilfestellung bei der Beantragung und dem Ausfüllen des Antrages für den Schwerbehindertenausweis. Besonders ältere Bürgerinnen und Bürger, denen die Beantragung des Schwerbehindertenausweises negativ bescheinigt wurde, finden sich immer wieder bei Frau Bunge ein, um Unterstützung bei der Formulierung eines Widerspruches und im eigentlichen Widerspruchsverfahren zu erhalten.

Nunmehr möchte der Städte- und Gemeindebund das Landesamt für Soziales und Versorgung, welche bisher alle eingehenden Anträge auf einen Schwerbehindertenausweis in ihre dafür vorgesehenen PC-Programme einzugeben hatte, entlasten. Über ein Online-Antragsformular sollen die Daten der Bürgerin/des Bürgers eingegeben und online an das Landesamt für Soziales und Versorgung verschickt werden. Der somit fertig gestellte Antrag läge dem Landesamt für Soziales und Versorgung, gewissermaßen ohne eigenen Aufwand betreiben zu müssen, vor.

Im Fazit kann festgestellt werden, dass das Konnexitätsprinzip außer Acht gelassen würde, da mit keiner Personalkostenunterstützung zu rechnen ist. Lediglich die Zurverfügungstellung von Frei(-brief)umschlägen wurde von Seiten des Landesamtes für Soziales und Versorgung zugesichert, da die Einwilligungserklärung (Schweigepflichtunterbindung von Ärzten) dem Landesamt zum Antrag noch übersandt werden muss. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass die Arbeit, die eigentlich Aufgabe des Landesamtes für Soziales und Versorgung ist, auf die Kommune übertragen werden soll ohne jegliche Unterstützung etwaiger Art. Es wird daher vorgeschlagen, sich als Stadt Eberswalde nicht als Modellkommune zur Verfügung zu stellen.

Frau Oehler fragt, wie hoch der zusätzliche Aufwand eingeschätzt wird und ob von den bisherigen Aufgaben etwas wegfallen würde.

Frau Bunge geht davon aus, dass sich der Aufwand derartig erhöhen würde, den sie allein nicht leisten könnte. Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle wäre notwendig. Zudem würde von den bisherigen Aufgaben keine entfallen.

Herr Zinn zeigt sich erstaunt über die Dreistigkeit, mit der einer Kommune Aufgaben „übergeholfen“ werden sollen. Gleichwohl sieht er die Möglichkeit, Frau Bunge in ihren Aufgaben durch andere Ämter der Stadt (bspw. Bürger- und Ordnungsamt) zu unterstützen, da Frau Bunge auf Grund von Urlaub und Krankheit auch ausfallen könnte. Herr Zinn weist darauf hin, dass auch die Möglichkeit bestünde, gemeinsam mit anderen Kommunen eine allen Beteiligten zu Gute kommende Lösung zu finden.

Frau Stieler-Hinz erklärt, dass es immer das Bestreben der Stadtverwaltung sein wird, ihren Servicecharakter aufrecht zu erhalten und zu repräsentieren. Die Aufgaben, die Frau Bunge in dieser Hinsicht leistet, werden diesem Prinzip in gutem Maße gerecht. Die Aufgabenkritik voraussetzend ist die Stadt an ein erträgliches Limit gestoßen, wonach zum Schutze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine zusätzlichen Aufgaben mehr zu bewältigen sind.

Herr Duckert spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen eine Übernahme der zusätzlichen Aufgaben, die das LASV zu leisten hat, durch die Stadt Eberswalde aus.

Bei Herrn Schumacher ist der Eindruck entstanden, dass höhere Instanzen ihre Aufgaben und Arbeit an niedrigere Instanzen abgeben wollen, ohne für die dafür nötigen Voraussetzungen und finanziellen Mittel aufkommen zu wollen.

Herr Hoeck möchte hier und heute kein Votum für seine Fraktion abgeben wollen. Er sieht die Angelegenheit als skeptisch an. Er schlägt vor, die Angelegenheit in seiner Fraktion zu beraten und erst im kommenden Ausschuss eine Empfehlung zu treffen.

Frau Stieler-Hinz weist darauf hin, dass sich seiner Zeit Herr Landmann um die Aufgabenübernahme bemüht hatte, in der Hoffnung in finanzieller und technischer Hinsicht Unterstützung zu erhalten, da die zu übernehmenden Aufgaben ohnehin schon von der Stadtverwaltung bearbeitet werden.

Frau Bunge fügt hinzu, dass die Stadtverwaltung mit einer Antwort in Zeitnot geraten könnte, da erwartet wird, bis zum 01.03.2013 dem Städte- und Gemeindebund eine Entscheidung mitzuteilen. Frau Bunge bittet die Fraktionen daher, sich dazu zu äußern, ob Bedenken bestehen oder nicht.

Herr Zinn spricht sich dafür aus, dass der Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration nur beratend tätig sein kann. Eine Entscheidung obliegt mindestens dem Hauptausschuss bzw. der Stadtverordnetenversammlung. Wenn diese Aufgaben übernommen werden sollen, dann nur mit finanzieller und personeller Untersetzung. Er spricht sich dagegen aus, sich nötigen zu lassen, bis zum 01.03.2013 eine Antwort geben zu müssen. Innerhalb der Fraktionen besteht weiterer Beratungs- und Handlungsbedarf, um zu einer Empfehlung zu gelangen.

Frau Oehler spricht sich dafür aus, das Thema in der Fraktion zu besprechen und alsdann spätestens am Tag der Stadtverordnetenversammlung eine Empfehlung seitens der Fraktion auszusprechen.

Frau Stieler-Hinz bedankt sich bei Frau Oehler für ihren Vorschlag und möchte diesen Vor-

schlag aufgreifen und die Fraktionen bitten, sich zu beraten und würde sich wünschen, möglichst kurzfristig von den Fraktionen eine Empfehlung zu bekommen, um dem Städte- und Gemeindebund eine Antwort zukommen lassen zu können.

Frau Bunge weist noch darauf hin, dass sie vor 14 Tagen zu einer gemeinsamen Beratung des Städte- und Gemeindebundes sowie des Landesamtes für Soziales und Versorgung mit allen angeschlossenen Kommunen zugegen war. Auf Nachfrage, ob es Unterstützung in finanzieller oder technischer Hinsicht geben würde, wurde allen Kommunen mitgeteilt, dass es keine Unterstützung in jeglicher Art und Weise geben wird.

Herr Hampel fragt, seit wann die Anfrage in der Stadtverwaltung vorliegt.

Frau Bunge erklärt, dass die Anfrage seit Dezember 2012 in der Stadt vorliegt.

Herr Hampel bezweifelt, dass nunmehr Eile geboten ist, wenn die Anfrage seit 3 Monaten in der Stadtverwaltung vorliegt.

Frau Stieler-Hinz gibt zu bedenken, dass während der letzten 2 Monate keine Ausschusssitzungen stattfanden.

Herr Hoeck vertritt ebenfalls die Auffassung, dass keine Eile geboten ist. Auch wenn dem Städte- und Gemeindebund erst zum 01.04.2013 eine Antwort gegeben wird, ist dies als ausreichend anzusehen.

Herr Hoeck schlägt vor, in die kommende Ausschusssitzung eine entsprechende Beschlussvorlage einzubringen, die im Hauptausschuss oder der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen ist.

TOP 13

Vorstellung und Diskussion zum Entwurf Jahresplan 2013

Frau Röder bittet die Ausschussmitglieder um ihre Ergänzungs- bzw. Änderungsvorschläge.

Herr Zinn wird seine Anmerkungen und Ergänzungen in einer schriftlichen Zuarbeit zur Niederschrift reichen. Diese Zuarbeit wird als **Anlage 3** der Niederschrift beigefügt.

Frau Oehler schlägt vor, sich dem Thema „Kleine Galerie“ hinsichtlich des Ortes und des inhaltlichen Konzeptes zum Jahresende 2013 zu widmen.

Frau Dr. Brauns verlässt die Sitzung um 19:50 Uhr, somit sind noch 8 Ausschussmitglieder anwesend.

Frau Röder bittet um Aufnahme der Umsetzung des Verstetigungskonzeptes „Soziale Stadt“ und diesbezügliche Berichterstattung in kürzeren Abständen.

Herr Banaskiewicz weist darauf hin, dass der zuletzt genannte Themenvorschlag „Konzeption Familiengarten II/2013“ in „Konzeption Familiengarten II/2014“ geändert werden müsste. Da nach Meinung seiner Fraktion die Behandlung des Konzeptes „Familiengarten“ zeitlich sehr spät gewählt wurde, schlägt er vor, noch vor der Sommerpause in diesem Jahr zumindest einen Gedankenaustausch hinsichtlich des Familiengartens zu führen.

Frau Stieler-Hinz erläutert, dass es sich bei der Formulierung eigentlich um das 2. Halbjahr 2013 handeln sollte und die Konzeption demnach bereits in das 3. Quartal der Ausschussthemen 2013 gehört hätte. Aus diesem Grund schlägt Frau Stieler-Hinz vor, die Konzeption Familiengarten in den Ausschussthemenplan nach der Sommerpause einzuordnen, soweit die Fraktionen damit konform gehen können.

Herr Banaskiewicz weist nochmals darauf hin, dass es der Wunsch seiner Fraktion ist, einen Sachstandsbericht noch vor der Sommerpause zu erhalten.

Frau Stieler-Hinz kann sich damit arrangieren, einen Sachstandsbericht über den Familiengarten in der Ausschusssitzung Mai/Juni abgeben zu können.

Frau Röder fragt hinsichtlich des „Antirassismuskonzept“ und des „Integrationskonzeptes“ nach, wann dort mit Berichterstattungen zu rechnen ist.

Frau Stieler-Hinz erläutert, dass hinsichtlich des Integrationskonzeptes in der letzten Ausschusssitzung eine Präambel verteilt wurde, die den Fraktionen zur Kenntnis gegeben werden sollte. Dazu sollten die Fraktionen der Verwaltung eine Rückmeldung geben, so dass das Kulturamt an dem Konzept weiterarbeiten kann. Bisher sind leider noch keine Rückmeldungen erfolgt, so dass auch noch einmal die Bitte ergeht, in einer der kommenden Sitzungen der Verwaltung ein Feedback zu geben. Herr Dr. Neubacher befasst sich mit beiden Konzepten (Integrationskonzept und Antirassismuskonzept), wobei die Verwaltung sich nicht in Konzepten verstricken möchte, sondern auch prüft, inwieweit sinnvolle Ergänzungen möglich sind. In dieser Phase befindet sich die Verwaltung derzeit, benötigt jedoch noch mehr Zeit für die Einarbeitung.

Herr Zinn bezieht sich auf das im 3. Quartal stehende Ausschussthema „Beschluss – Thematische Kulturförderung „Kulturelle Bildung“ für 2014 – 2016“ und möchte wissen, ob es dazu eine finanzielle Untersetzung bis zum Jahr 2016 gibt.

Herr Dr. Neubacher bestätigt, dass das Geld bis zum Jahr 2016 eingestellt und vorhanden ist. Es geht lediglich um eine Einigung, wie das Thema in den nächsten Jahren benannt werden soll.

TOP 14

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 14.1

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Eberswalde und der Stadt Cottbus über den Betrieb eines elektronischen Personenstandsregisterverfahrens und den Betrieb des IT-Fachverfahrens AutiSta

BV/915/2013

Frau Röder ruft die Beschlussvorlage BV/915/2013 zur Diskussion auf.

Herr Zinn bemängelt mehrere Formulierungen („Hosting“ und „Update“) in dem sich schwierig lesenden Text der Beschlussvorlage wie auch der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung und bittet, zukünftig verständlichere Ausdrucksweisen zu verwenden. Er weist auf einen Formfehler hin und beanstandet, warum auf Seite 3 der Vereinbarung der Bürgermeister, Herr Friedhelm Boginski benannt ist, jedoch nicht die Dezernentin, Frau Stieler-Hinz. Auf der Seite 6 der Vereinbarung wiederum wurden der Bürgermeister, als auch die Dezernentin benannt.

Frau Röder beantragt eine Streichung in der Sachverhaltsdarstellung 1. Absatz, Satz 2, 2. Halbsatz, der lautet: „... die z. B. im Zusammenhang mit Geburt, Hochzeit oder Sterbefall erhoben werden“. Der eigentliche Satz soll nur heißen: „Hierbei handelt es sich ausschließlich um Daten aus dem Standesamt.“ Die Formulierung im 2. Halbsatz erscheint der Fraktion zu pauschal und es könnten dadurch zusätzliche Nachfragen entstehen.

Herr Birk erläutert, dass es sich bei der Einführung eines elektronischen Personenstandsregisters um eine gesetzliche Aufgabe handelt. Ab dem 01.01.2014 besteht die gesetzliche Verpflichtung, ein elektronisches Personenstandsregister in den Kommunen zu betreiben. Da es der Stadt Cottbus gelungen ist, hier einen zeitlichen Vorlauf zu erzielen, ist in Beratungen und Gesprächen erreicht worden, dass die Stadt Cottbus sozusagen als „Vorreiter“ dieser Maßnahme der Stadt Eberswalde Unterstützung geben wird. Bei den Verträgen handelt es sich um wortgleiche und vorgefertigte Verträge. Herr Birk bittet daher, an den Formulierungen keine Änderungen oder Ergänzungen vorzunehmen. Hinsichtlich der erwähnten Unzulänglichkeiten im Text des Vertrages weist Herr Birk darauf hin, dass seinerzeit bei der Erarbeitung des Vertrages Frau Stieler-Hinz noch nicht als Dezernentin der Stadtverwaltung Eberswalde tätig war. In der Anlage wurden jedoch entsprechende Überarbeitungen vorgenommen, so dass dort die Dezernentin, Frau Stieler-Hinz, benannt ist. Herr Birk erläutert, dass es sich beim „Hosting“ um die Datenverwaltung und Datenerhaltung in Cottbus handelt.

Frau Röder weist darauf hin, dass sich in der Anlage 2 grammatikalische Fehler befinden, die

Cottbus mitzuteilen sind.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig bestätigt.

TOP 14.2

Eintrittsgelderhebung Familiengarten

BV/918/2013

Frau Röder ruft die Beschlussvorlage BV/918/2013 sowie den Änderungsantrag von Herrn Zinn (Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler) zur Diskussion auf.

Herr Duckert weist zu dem Änderungsantrag von Herrn Zinn darauf hin, dass Herr Zinn zwar Parteimitglied der „LINKEN“ ist, aber nicht in der Fraktion „DIE LINKEN“. Derzeitig prüft Herr Segebarth, ob derartige Namensgebungen von Fraktionen statthaft sind. Bis zum Ergebnis der Prüfung geht Herr Duckert im Namen seiner Fraktion „DIE LINKEN“ davon aus, dass der Änderungsantrag als „Null und nichtig“ anzusehen ist.

Herr Zinn weist Herrn Duckert darauf hin, sich mit dem Procedere der Kommunalverfassung vertraut zu machen. Die Fraktionsbildung ist seit voriger Woche Donnerstag angezeigt und das kann bei Herrn Segebarth nachgefragt werden. Maßgeblich zu beachten ist hierbei die Anzeige laut Geschäftsordnung/Hauptsatzung und die Einhaltung der Kommunalverfassung. Es geht hier aber nicht um die Fraktionsbildung, sondern um den inhaltlichen Änderungsantrag.

Frau Röder wendet sich an die Verwaltung und fragt, ob die Fraktionsbildung angezeigt wurde und auch so korrekt ist.

Herr Zinn weist darauf hin, dass es nunmehr die Fraktion „DIE LINKE“ (in Großbuchstaben) und die Fraktion „Die Linke“ (in Kleinbuchstaben)/Allianz freier Wähler“ gibt.

Frau Röder stellt die Behandlung des Änderungsantrages von Herrn Zinn zur Abstimmung.

Herr Zinn weist Frau Röder darauf hin, dass ihm laut Geschäftsordnung hinsichtlich des inhaltlichen Änderungsantrages zunächst ein Rederecht hätte eingeräumt werden müssen. Der Antrag von Herrn Duckert entspricht nicht der Geschäftsordnung und wurde sachlich nicht begründet. Herr Zinn kann demnach nicht nachvollziehen, warum es zu einer Abstimmung auf Behandlung des Änderungsantrages kommen soll.

Frau Röder wendet sich an die Verwaltung und bittet um Klärung.

Herr Hoeck wirft ebenfalls ein, ob es hinsichtlich der Namensgebung der Fraktion in der Verwaltung eine Klärung gegeben hat.

Frau Stieler-Hinz sieht sich im Moment außer Stande, die Frage der Fraktionsbildung zu beantworten. Da sich auch kein Mitarbeiter des Rechtsamtes in der Sitzung befindet, ist eine Klärung nicht möglich.

Herr Zinn weist darauf hin, dass Herr Segebarth in einem gestern geführten Telefonat definitiv bestätigte, dass die Anzeige der Fraktion mit dem 14.12.2012 erfolgte und seine Richtigkeit hat.

Herr Zinn bittet somit um die Einhaltung des Procederes der Geschäftsordnung der Hauptsatzung. Auch eine Nachfrage bei der Kommunalaufsicht könne erfolgen. Zudem wird der Änderungsantrag ebenso in den Hauptausschuss wie die Stadtverordnetenversammlung eingereicht.

Frau Stieler-Hinz erklärt, dass es Herrn Zinn auch freisteht, den Änderungsantrag als Person vorzustellen, so dass Kenntnis darüber besteht. Die Frage der Fraktionsbenennung wird Frau Stieler-Hinz innerhalb der Verwaltung einer Klärung zuführen.

Herr Zinn begründet sodann seinen Änderungsantrag und präzisiert den Änderungsantrag in der Art, dass der Begriff „AsylbewerberInnen“ geändert werden muss in: „**Leistungsempfänger/Innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**“. Diese Änderung wird in dem Änderungsantrag für den Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig durch Herrn Zinn vorgelegt.

Frau Röder fordert, dass die Angelegenheit bis zum Hauptausschuss zu klären ist.

Zu dem Änderungsantrag von Herrn Zinn, Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler, wird insoweit keine Abstimmung vorgenommen.

Frau Oehler bemängelt, dass in der Beschlussvorlage kein Familienticket aufgelistet ist.

Frau Röder verweist darauf, dass die Möglichkeit besteht, einen Änderungsantrag der Fraktion, die ein Familienticket beinhaltet, einzureichen. Gleichwohl würde die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag hinsichtlich der Aufnahme eines Familientickets in die Beschlussvorlage stellen.

Frau Oehler stellt den Antrag, den Eintrittspreis für Kinder bei 1,00 € zu belassen, so dass keine Erhöhung zu Stande kommen wird.

Frau Röder spricht sich dafür aus, in die Beschlussvorlage den „Eberswalder Pass“ aufzunehmen, so dass einzeln aufgeführte Positionen nicht mehr aufgelistet werden müssten, da sie bereits im „Eberswalder Pass“ beinhaltet sind.

Herr Banaskiewicz spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Beschlussvorlage aus. Die

Lösung ist akzeptabel, insbesondere unter Hinzunahme des „Eberswalder Passes“.

Herr Birk weist darauf hin, dass bereits im Jahr 2006 eine Familienkarte angeboten wurde, diese jedoch nur 29-mal nachgefragt und daher wieder zurückgenommen wurde, weil die Nachfrage zu gering war. Daher wurden Überlegungen hinsichtlich einer stark reduzierten Jahreskarte angestrengt.

Herr Banaskiewicz spricht sich dennoch für die Einführung eines Familientickets oder einer Familienkarte aus.

Frau Stieler-Hinz erklärt, dass die Gebührengleichung bereits im Doppelhaushalt 2013/2014 eingestellt ist und diese sehr moderat ausfällt. Die Jahreskarten wurden gewählt, um speziell den Eberswalder Familien die Möglichkeit zu geben, den Familiengarten mehrfach zu nutzen, worauf auch der Focus der Stadtverwaltung hierbei lag. Frau Stieler-Hinz weist darauf hin, dass für die Erhaltung und Ausgestaltung des Familiengartens jährlich hohe Aufwendungen durch die Stadtverwaltung getätigt werden. Daher wird es als legitim angesehen, von auswärtigen Besucherinnen und Besuchern ein geringfügig höheres Eintrittsgeld zu verlangen. Die Aufnahme des „Eberswalder Passes“ stellt kein Problem dar und wird von der Verwaltung aufgegriffen.

Herr Duckert sieht den Familiengarten als Dienstleistungsunternehmen und kann einer Erhöhung der Eintrittsgelder nicht zustimmen, wenn nicht bekannt ist, wie sich der derzeitige Zustand im Familiengarten darstellt. Gerade in den vergangenen Wintermonaten haben die Spielgeräte einen höheren desolaten und defekten Zustand. Herr Duckert schlägt vor, den Ausschussmitgliedern des Hauptausschusses bis zur Sitzung am 21.02.2013 die defekten und desolaten Ausrüstungsgegenstände aufzulisten und gleichzeitig mitzuteilen, welche Ausrüstungsgegenstände bis zur Saisonöffnung repariert werden können und welche aus welchen Gründen nicht repariert werden können (bspw. defekte Taschenuhr, desolater Parkplatz, U-Boot, defekte Spielgeräte etc.).

Herr Zinn vertritt die Auffassung, dass zu einer Eintrittspreiserhöhung ein entsprechender Qualitätszuwachs sein muss, wenn Gebühren erhöht werden sollen. Um einen Kompromiss zu finden, würde die Fraktion von Herrn Zinn einer Eintrittspreiserhöhung im Familiengarten zustimmen.

Herr Banaskiewicz geht davon aus, dass mit dem Beschluss des Haushaltes und die darin für den Familiengarten festgelegten finanziellen Mittel dem Qualitätszuwachs im Familiengarten zu Gute kommen. Herr Banaskiewicz wendet sich direkt an Herrn Birk und denkt, dass mit den Geldern die Spielgeräte und Ausrüstungsgegenstände erhalten werden und bleiben. Er stimmt der Beschlussvorlage zu.

Herr Birk erläutert, dass Preiserhöhungen immer unpopulär sind. Seit dem Jahr 2006 erfolgte

keine Eintrittspreiserhöhung für den Familiengarten. Seit dem Jahr 2007 sind mehrere kleinere Attraktionen – wie auch vor 2 Jahren im Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration mittels einer Informationsvorlage vorgestellt – hinzu gekommen. Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass eine Eintrittspreiserhöhung nur dann greifen kann, wenn zusätzliche Attraktionen eingerichtet werden. Im Nachgang wurden z. B. der Grillplatz, ein begehbare Schachfeld, die Boccia-Bahn und der Discgolf-Parcours errichtet. Aktuell sind mehrere Angebote für die Errichtung des Volleyballplatzes und des Federballplatzes eingeholt worden. Die Kosten hierfür wird man aus Unterhaltungsmitteln aus dem laufenden Haushalt bestreiten können. Die Verwaltung würde im Übrigen keine derartige Beschlussvorlage zur Abstimmung geben, wenn man mehrere Spielplätze schließen müsste, sozusagen kontraproduktiv agieren würde. Auch hier sind mehrere Angebote eingeholt worden, um die Spielgeräte zu reparieren. Entsprechende Kostenangebote liegen bereits vor und können beziffert werden. In den nächsten Wochen erfolgen TÜV- und Dekra-Abnahmen, um die genauen Mängel festzustellen. Tischlerei- und Zimmermannsfirmer stehen bereit, um diese Mängel zu beseitigen, bei denen es sich vornehmlich um Holzspielplätze handelt. Alle anderen Spielplätze, die nicht aus Holzinstrumenten bestehen, werden regelmäßig TÜV-überwacht und sind nutzbar. Eine eingeschränkte Nutzbarkeit der Spielplätze wird insoweit ausgeschlossen, aktuell kann immer mal wieder etwas kaputt gehen oder defekt sein. Der Grundzustand des Parkes wird ab Ostern 2013 nutzbar sein. Herr Birk zieht Vergleiche zu anderen öffentlichen Unterhaltungsmöglichkeiten in und um Eberswalde und hält die vorgeschlagene Eintrittspreiserhöhung im Familiengarten durch sehr moderat.

Frau Röder weist nochmals darauf hin, dass die Änderungsanträge zur Beschlussvorlage bis zum Hauptausschuss gestellt werden müssen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt.

Herr Zinn nahm an der Abstimmung zur Beschlussvorlage nicht teil.

Der öffentliche Teil der 38. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration wird um 20:23 Uhr beendet.

Angelika Röder
Vorsitzende des
Ausschusses für Kultur,
Soziales und Integration

Gesine Kittel
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzende**
Angelika Röder
- **Stellvertreterin der Vorsitzenden**
Dr. Ilona Pischel entschuldigt
- **Ausschussmitglied**
Frank Banaskiewicz
Dr. med. Christel Brauns bis 19:50 Uhr anwesend
Torsten Duckert
Eckhard Hampel
Götz Herrmann vertreten durch Herrn Hoeck
Karen Oehler
Günter Schumacher
Carsten Zinn
- **sachkundige Einwohner/innen**
Stefan Ansorg
Birgit Debernitz
Ute Frey
Edeltraud Jubi entschuldigt
Udo Muszynski
Marita Papenfuß unentschuldigt
Renate Scholz
Frank Techen unentschuldigt
Thomas Walther entschuldigt
Horst Weingart ab 18:19 Uhr anwesend
- **Dezernent/in**
Regina-Dolores Stieler-Hinz
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Fiona May Benfer entschuldigt
- **Beauftragte gemäß Hauptsatzung**
Barbara Bunge
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Uwe Birk
Sabine Bolte zu TOP 11
Harald Händel vertreten durch Herrn Leifels

Dr. Stefan Neubacher

- **Gäste**

Thomas Falk

zu TOP 10